



Die Polizeireform und ihre Tarifbeschäftigten



Als der damalige Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber in der Regierungserklärung vom 6. November 2003 von einer massiven Straffung der Polizeiorganisation in Bayern sprach, wollte er die Polizei „besser und billiger“ machen.

70 Mio. Euro wurden angesetzt und schon damals war klar, dass diese Summe nicht ausreichen würde. Die tatsächlichen Kosten belaufen sich auf insgesamt 87,5 Mio. Euro. Davon waren allein 75,17 Mio. Euro an Investitionen für die Errichtung der neuen Einsatzzentralen sowie für Neubau-, Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen für die neuen Polizeipräsidien notwendig. 12,33 Mio. Euro mussten für die Iuk-Ausstattung aufgewendet werden. Von vormals 56 Führungs- und Verwaltungsdienststellen bei der Bayer. Landespolizei verblieben nur noch zehn. Insgesamt wurden sie bei der Bayerischen Polizei von 59 auf 13 abgeschmolzen.

Im Abschlussbericht der Expertenkommission zur Evaluation der Polizeireform in Bayern wird die angestrebte Straffung der Organisation der Bayerischen Polizei durch die Verschmelzung der Ebenen der Polizeipräsidien und der Polizeidirektionen als gelungen bewertet.

Bei einer im Rahmen der Evaluierung durchgeführten Befragung ist man unter den Betroffenen fast einstimmig der Meinung, dass der überwiegende Anteil der administrativen Tätigkeiten der früheren Polizeidirektionen auf die neuen Polizei-

präsidien übergang. Eine einzige davon deutlich abweichende Einzelmeinung, dass die Masse der Verwaltungsaufgaben der ehemaligen Direktionen an die Dienststellen vor Ort übergegangen sei, konnte nicht bestätigt werden.

Wie kommt es dann aber dazu, dass sich fast jede Dienststelle von Aufträgen und E-Mails ihrer Präsidien förmlich erschlagen fühlt?

Und wie nennt man dann die Arbeitsmehrung in den Bereichen Arbeitszeit, Urlaubsgewährung, Gewährung von Dienstbefreiungen, Haus- und Liegenschaftsverwaltung, Bewirtschaftung der Dienstgebäude, Betrieb von Poststellen sowie Telefonvermittlungen, Budgetierung, Verlängerung von Dienstaussweisen, Abrechnung bestimmter Kosten wie Barverwarnungen und Sicherheitsleistungen, Mehraufwand der Dateneingaben- und -pflege wie BayZeit und VivaPro? Diese nicht abgeschlossene Aufzählung wurde auf die Dienststellen und insbesondere auf die dort beschäftigten Tarifbeschäftigten zusätzlich übertragen.

Erkannt wurde allerdings: „... dass sich die Inspektionsebene erhöhten rechtlichen Anforderungen stellen muss, ohne dass flächendeckend auf qualifiziertes Verwaltungspersonal zurückgegriffen werden kann. Diese Aufgaben werden z. T. von Tarifbeschäftigten wahrgenommen, wobei insbesondere kleinere Inspektionen, vor allem deren Leiter, davon in besonderem Maße betroffen sind ...“.

Sind wir Tarifbeschäftigten doch diejenigen, die in den niederen Entgeltgruppen die Aufgaben als Wagenpfleger, Hausmeister etc. übernehmen und in den Geschäftszimmern der Inspektionen die Verwaltungstätigkeiten größtenteils erledigen dürfen. Durch die jahrelange Erfahrung konnten wir uns ein immenses Fachwissen aneignen. Da dürfte das „Leid der Inspektionsleiter“ doch zu ertragen sein.

Als 2003 unser damaliger Ministerpräsident Dr. Stoiber von einer massiven Straffung der Polizeiorganisation, der Konzentration der Verwaltungsabläufe auf drei Stufen und der Reduzierung des Verwaltungsaufwandes um 25% sprach, betrug der Anteil der Tarifbeschäftigten noch 12,5% aller Beschäftigten bei der Bayerischen Polizei.

2014 sollen es nur noch 11,5% sein. Auch der Stellenabbau trägt natürlich zu einer Aufgabenmehrung bei. Still und leise wurden Stellen nach der Verrentung nicht mehr neu besetzt. Durch die Auswirkungen der zwölfmonatigen Wiederbesetzungssperre konnten sich die Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich schon einmal mit dieser Mehrbelastung „anfreunden“.

Die Dienststellen funktionieren gerade auch deshalb so gut, weil es uns Tarifbeschäftigte gibt, vor und erst recht nach der Reform.

Karin Peintinger



Dr. Florian Herrmann (CSU) im Gespräch mit der Deutschen Polizei

DP: Sie sind jetzt mittlerweile seit einem Jahr innenpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion und stellv. Vorsitzender des Ausschusses für kommunale Fragen und innere Sicherheit. Wie sind Sie eigentlich zum Thema Polizei gekommen?

Herrmann: Ich bin jetzt seit 2008 im Landtag und damals in den Innen- und in den Rechtsausschuss gekommen. Ich habe mich schnell in die Arbeit des Innenausschusses eingearbeitet, wobei ich eine hohe Affinität zu den Polizeithemen entwickelt habe. Als MdL Christian Meißner dann Landrat in Lichtenfels wurde, habe ich mich um seine Nachfolge beworben und bin dann fraktionsintern gewählt worden. Es ist eine tolle Aufgabe, mit einer großen Bandbreite an Themen. Auch

die Arbeit mit den Kommunen finde ich nicht zuletzt aufgrund meines Mandats im Freisinger Kreistag sehr spannend. Mittlerweile habe ich alle Präsidien, zahlreiche KPIs, VPIs, PIs, Bereitschaftspolizeiabteilungen und das Fortbildungsinstitut in Ainring besucht. Ich habe versucht möglichst präsent zu sein, um meine neue Aufgabe mit Leben zu füllen.

DP: Haben Sie schon persönliche Erfahrungen mit der bayerischen Polizei gemacht?

Herrmann: Ich bin einmal erkennungsdienstlich erfasst worden. Dabei ging es um einen anonymen Drohbrief an einen meiner Parteikollegen. Diesen Brief hatte ich in Händen gehabt und daher mussten meine Fingerabdrücke aus geschlossen werden. Ansonsten habe ich nur in meiner Arbeit als Rechtsanwalt Erfahrungen mit der Polizei gemacht. Gestern hatte ich einen Informationsbesuch beim kriminaltechnischen Institut im Landeskriminalamt; dabei ist mir wieder deutlich geworden: Straftaten sollte man gar nicht erst überlegen, weil die Profis vom LKA allen auf die Schliche kommen! Natürlich fahre ich in meinem Stimmkreis öfter mit auf Streifenfahrten. Wichtig ist für mich, mit allen Ebenen der Polizei ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen.

DP: Viele Kolleginnen und Kollegen sind immer noch missmutig gegenüber der Polizeireform. Die Staatsregierung sieht sich durch den Evaluationsbericht bestätigt. Es hieß, die Polizei wird billiger und besser, und es käme mehr Personal auf der Straße an. Tatsächlich sind wohl kaum mehr Polizeibeamte auf den Basisdienststellen angekommen. Was entgegnet Sie den Reformskeptikern?

Herrmann: Die Evaluierung hat die Aufgabe gehabt zu prüfen, ob die Ansprüche an die Reform, die man gehabt hat, erfüllt wurden. Wenn ich im oberen Bereich eine Ebene wegnehme, kann man nicht erwarten, dass unten automatisch ein Vielfaches davon unmittelbar im Streifendienst ankommt. Es gibt wahrlich gute Dinge, die aus der Reform erwachsen sind. Da sind der Kriminaldauer-

dienst, der wirklich eine sehr breite Akzeptanz erfährt sowie die neuen modernisierten Einsatzzentralen. Natürlich ist eine solche komplexe Organisation wie die Polizei angesichts der aktuellen Herausforderungen immer ein System, das in Bewegung bleiben muss. Was ich mitgenommen habe: man braucht keine grundlegende Reform der Polizei, allenfalls immer wieder einzelne Verbesserungen.

Es gab nun immerhin 1000 neue Stellen, was ja nicht wenig ist. Man muss sich nur mal die Koalitionsverträge von manch anderen Bundesländern und die Rolle der Polizei darin, im Vergleich zu Bayern, anschauen, um den hohen Stellenwert der Polizei in Bayern zu begreifen. Außerdem profitieren wir im Innenausschuss stark von der persönlichen Berufserfahrung zweier ehemaliger Polizisten, von den Kollegen Manfred Ländner und Harald Schneider, dem ehemaligen GdP-Landesvorsitzenden. Die bayerische Polizei ist in meinen Augen sehr gut aufgestellt. Würde man bei der Verteilung der 1000 Stellen nur belastungsorientiert vorgehen, würde logischerweise die eine oder andere Dienststelle auf dem Prüfstand stehen, was aber nicht automatisch sinnvoll ist. Die Effizienz der Polizei lässt sich aber nicht rein mathematisch berechnen. Viel wichtiger ist doch eine situationsbezogene Analyse der Dienststellen, um mehr Personal auf die Straße zu bringen.

DP: Inwieweit sollen denn die Empfehlungen der Kommission umgesetzt werden?

Herrmann: Das Innenministerium schaut sich das im Detail an. Eine genaue Einschätzung liegt mir noch nicht vor, aber es wird sicher jede Empfehlung genau geprüft werden. Es gibt dabei eindeutige, aber auch umstrittene Empfehlungen. Ich gehe auch davon aus, dass der Innenausschuss mit in die Überlegungen einbezogen wird und wir dann gemeinsam über den Sinn der einzelnen Empfehlungen urteilen werden. Die Vorschläge sind fachlich so fundiert, dass es nur nützlich sein kann, diese aufzugreifen. Ein Problem ist wohl die größere Führungsspanne. Es gibt Probleme mit der Menge von untergeordneten Dienst-

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe März 2013 ist am 5. Februar 2013. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Bernd Fink
Germaniastr. 39
80805 München
Telefon (01 71) 5 56 40 95
E-Mail: berndfink.muenchen@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X



AUS DEM LANDESBEZIRK

stellen. Es ist schwierig, entsprechende Besprechungsräume zu finden und derartig große Besprechungen abzuhalten. Aber trotz der Probleme, die es immer gibt, muss man sagen: bei der Polizei klappt es einfach. Die Absprachen, die man trifft, sind verlässlich und insofern wird man auch die wenigen offenen Baustellen noch korrigieren können. Man sollte es daher mit Einsparungen auch nicht überdehnen, die Einstellungszahlen in den Jahren 2006 ff. waren schon kritisch. Die Stimmung war daher zum Teil schwierig.

DP: Ja, zu dieser Zeit gab es tatsächlich viele Einschnitte und das trägt dann nicht zur Motivation bei. Das hat sich aber im Laufe der letzten Jahre wieder gebessert.

Herrmann: Wir sind auf einem guten Weg. Wir bilden jetzt wieder ausreichend aus. Wir haben jetzt 840 neue Ausbildungsstellen und die braucht man angesichts der hohen Ruhestandsversetzungen der nächsten Jahre auch.

DP: Immer häufiger werden Polizeibeamte selbst Opfer von Gewalt und Beleidigungen. Wie erklären Sie sich diesen Verlust von Respekt in manchen Teilen der Gesellschaft?

Herrmann: Es gibt zweifellos einen Respektsverlust gegenüber Autoritäten und Uniformierten. Auch Feuerwehr und Rettungsdienstler berichten mir davon, wenn auch nicht so drastisch. Der

Alkoholmissbrauch spielt hier klar eine Rolle. Die Liberalisierungen der Sperrstunde spielt dem natürlich in die Karten. Es gibt massive Häufungen von Straftaten speziell in den Nachtstunden. Bei Diskussionen mit Jugendlichen will das dann natürlich niemand hören, die reden dann von allgemeinen gesellschaftlichen Problemen. Man muss aber Grenzen setzen und wenn man Missstände spürt, muss man auch über Verbote nachdenken.

Das andere ist das ewige Herumkritisieren an Polizeieinsätzen, wie es wöchentlicher durch die Opposition, namentlich die Grünen im Innenausschuss des Landtags, passiert. Unsere Polizei arbeitet ordentlich. Dass Einzelfälle, in denen es anders ist, verfolgt werden, ist selbstverständlich. Die mediale Wahrnehmung ist da aber oft völlig überzogen. Der ganze polizeiliche Alltag, der reibungslos abläuft, bleibt unerwähnt und die wenigen Fälle, die ein schlechtes Bild werfen, werden schonungslos skandalisiert. Das finde ich nicht in Ordnung und da fordere ich auch von allen Parteien im Parlament etwas mehr Respekt und Sensibilität gegenüber der Polizeiarbeit.

DP: Wie sieht es bezüglich des dienstlichen Rechtsschutzes und der Einholung von Schmerzensgeld aus? Hier klagen unsere Kollegen zu Recht über teilweise mangelnde Unterstützung durch den Dienstherrn. Können Sie hier auf Verbesserungen durch das Innenministerium hinwirken?

Herrmann: Hier gibt es meine klare Unterstützung. Ich meine auch, hier ist der Innenminister bereits dabei, Verbesserungen durchzusetzen. Wir können und wollen unsere Polizeibeamten nicht im Regen stehen lassen.

DP: Zuletzt beschäftigt unsere Leser die Abschaffung der Beförderungszahl. Bei Beförderungen soll nach aktueller Rechtsprechung ausschließlich die Leistung zählen. Die Beförderungszahl hat jedoch auch die wichtigen Komponenten Lebensalter und Dienstzeit berücksichtigt. Fällt dies komplett weg, schadet dies auch dem sozialen Frieden in der Polizei. Die Leistung, die sich ja ausschließlich in den Beurteilungen spiegelt, kann in den Augen der GdP gar nicht objektiv wiedergegeben werden. Gibt es Möglichkeiten, Lebensalter und Dienstzeit doch weiter zu berücksichtigen?

Herrmann: Das ist ein Beispiel dafür, wie schwierig es ist, komplexe Personalkörper zu organisieren, wenn Einzelne ihr persönliches Recht bis ins letzte Detail durchstreiten. Die Rechtsprechung hilft uns hier wirklich nicht weiter, bewährte Regelungen beizubehalten. Hier ist sicher Kreativität gefragt und ich hoffe, dass das Innenministerium eine gerechte Lösung finden wird. Wir als Gesetzgeber würden gerne dazu beitragen, hier eine einvernehmliche Lösung für alle zu finden.

DP: Herr Dr. Herrmann, wir danken Ihnen sehr herzlich für dieses Gespräch.

Zeugenaussage als Dienstgeschäft

Hinsichtlich der Anerkennung als Dienstreisegrund hat das Finanzministerium nun seine bisherige Auffassung geändert. Mit FMS v. 13.12.2012, Az. 24-P1701-008-46118/12 teilte es mit, dass eine Zeugenaussage im reisekostenrechtlichen Sinne nun auch als **Dienstgeschäft** (und nicht mehr nur als staatsbürgerliche Pflicht) gilt. Voraussetzung ist natürlich, dass es sich um eine **dienstlich veranlasste Zeugenaussage** handelt und nicht um den sog. Gelegenheitszeugen (z. B. Polizeibeamter beobachtet außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs in seiner Freizeit eine Straftat – hier gilt es weiterhin als Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht, vor

Gericht als Zeuge auszusagen). Wer also im Rahmen seiner dienstlichen Aufgaben Zeugenaussagen zu tätigen hat, kann nun auch eine Dienstreisegenehmigung beantragen und hat dann Anspruch auf die etwas höhere Vergütung nach dem Bayer. Reisekostengesetz, wenn **mangels Dienst-Kfz** das Privatfahrzeug benutzt wird. Allerdings müssen die nach § 5/II Nr. 1 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes (JVEG) zustehenden 25 ct/km beim Gericht mit der Zeugenentschädigung beantragt werden. Da nach Art. 6/I S. 1 Nr. 1 BayRKG eine Entschädigung von **35 ct/km** gewährt werden kann, macht diese Neuerung nur dann Sinn, wenn eine

entsprechend hohe Entfernung zwischen Gericht und Wohn- bzw. Dienstort zurückgelegt wird und triftige Gründe für die Benutzung des Privat-Pkw vorliegen, wie z. B. keine oder sehr schlechte öffentliche Verkehrsmittel, Einsparung einer sonst fälligen Übernachtung, etc. **Im Einzelfall kann es sich aber durchaus lohnen, hier neben der Zeugenentschädigung eine Dienstreise abzurechnen.**

Allerdings: Die nach dem JVEG zustehende Entschädigung wird in jedem Fall vom Erstattungsbetrag abgezogen, egal, ob der Beamte diese beantragt hat oder nicht.

(PSch)



Spendenübergabe der Kreisgruppe Berchtesgadener Land

Erstmals initiierte heuer das Polizeipräsidium Oberbayern Süd eine Spendenaktion „Polizisten zeigen Herz“ zugunsten der Kinderkrebshilfe Berchtesgadener Land und Traunstein e. V. Für die Kreisgruppe Berchtesgadener Land war es daher eine Selbstverständlichkeit, einen Beitrag zu dieser Weihnachtsaktion zu leisten und spendete 1000 Euro aus dem Überschuss des diesjährigen Blau-lichtmillieufestes.

Im Bild links PHMin Silvia Stangassinger, stellvertretende Vorsitzende der KG BGL, und PHK Franz Balk, Vorsitzender der KG BGL, bei der symbolischen Scheckübergabe an Herrn Robert Heimberger, Präsident des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd.



Josef Sterr verabschiedet – langjähriger Personalrat und engagierter Gewerkschafter im Ruhestand

Die letzte Vorstandssitzung der Bezirksgruppe Oberbayern Nord im Jahr 2012 nutzte Vorsitzender Peter Schall, den allseits bekannten GdPler Josef Sterr mit einer Laudatio und anschließender Geschenkübergabe zu ehren und in den Ruhestand zu verabschieden. Sepp Sterr hatte bereits 1990 als Angehöriger der KPI Ingolstadt im Personalrat der damaligen Polizeidirektion Ingolstadt seine Vertretungsarbeit begonnen und war von 2001 bis zur Auflösung der PD Ingolstadt Vorsitzender des dortigen Örtlichen Personalrats, zugleich Mitglied im Bezirkspersonalrat des PP Oberbayern. Er hatte vor Ort die Unterbringung des Personals engagiert begleitet und nachdem die politische Entscheidung unumkehrbar für die Reform stand, die Baumaßnahmen für das neue Präsidium Oberbayern Nord kritisch begleitet. Er war seinen Kollegen und Kolleginnen im Bereich Ingolstadt stets ein guter und engagierter Ansprechpartner. Die Motivation für das Ehrenamt hatte ihren Ursprung in seiner Behandlung durch den Dienstherrn anlässlich einer langen



schweren Erkrankung. „Wenn man da ohne Fürsprecher alleine dasteht, ist man verloren“, so seine Einschätzung. Deshalb unterstützte er die Anliegen der betroffenen Kollegen/-innen stets engagiert, ohne jedoch das Gesamtinteresse einer funktionierenden Dienststelle aus den Augen zu verlieren. Auch in der Gewerkschaft der Polizei engagierte er sich langjährig sowohl als Direktionsgruppenvorsitzender als auch im Landesvorstand und war mit seinen Erfahrungen aus der ehrenamtlichen Kommunalpolitik ein anerkannter Gesprächspartner mit guten Ideen, die er selbst engagiert

vor Ort umsetzte. Sein Teamgeist und sein ehrenamtliches Engagement waren vorbildlich. Nach der Polizeireform war er seit 1. 1. 2009 im Vorstand des Personalratsgremiums des PP OBN als einer der Stellvertreter für den Vorsitzenden Peter Schall ein verlässlicher Partner, zudem er den Bereich Ingolstadt als ehem. dortiger Vorsitzender in allen Details bestens kannte, und hielt diesem auch stets den Rücken für die gewerkschaftliche Arbeit frei. Peter Schall bedankte sich für diese nicht alltägliche gemeinsame Zusammenarbeit im Interesse der Kollegen/-innen und der BG OBN. Auch wenn der Verlust groß ist, so solle der in die Reihen der Pensionäre aufgestiegene Sepp Sterr doch möglichst lange, gesund und aktiv diese Lebensphase genießen. Mit einem kleinen Abschiedsgeschenk bedankte sich Peter Schall bei „unserem“ Sepp. Von dieser Stelle nochmals vielen Dank, lieber Sepp, und für die Zukunft alles Gute, vor allem beste Gesundheit, damit du deinen Sport machen und den Ruhestand genießen kannst.

(PSch)



AUS DEN BEZIRKEN

JHV der KG Oberviechtach-Neunburg v. Wald

Im Stammlokal „alter Wirt“ in Bach konnte der stellv. Vorsitzende Georg Lehner neben den zahlreich erschienenen Mitgliedern den Ehrengast Hans Deyerl, Ehrenmitglied Richard Wirth, die beiden Referenten des Abends, Kurt Kopf und Gerhard Knorr, sowie die Pressevertreter zur JHV begrüßen.

In seinem für den erkrankten Vorsitzenden Heinz Pieper vorgetragenen Bericht liess Lehner das vergangene Jahr Revue passieren. Neben einigen Vorstandssitzungen waren dies der Besuch des Weihnachtsmarktes in Guteneck, der Osteraktion, einer Wanderung, der Betriebsbesichtigung der Fa. Siemens in Amberg und des Militärmuseums in Amberg. Besonders hervor hob er noch den 90. Geburtstag von Karl Seifert und seine Ehrung für seine 60-jährige Mitgliedschaft, Seniorenbeauftragter Karl Fischer hatte das Ehrenzeichen des bayerischen Ministerpräsidenten aus der Hand von Landrat Volker Liedtke entgegengenommen und Vorstandsmitglied Wilfried Tragl war aus dem aktiven Dienst verabschiedet worden.

Stellv. Personalratsvorsitzender Kurt Kopf bedankte sich zuerst für das gute Wahlergebnis und das Vertrauen, das ihm bei der letzten Personalratswahl geschenkt worden war. Im Hinblick auf die Personalsituation im Präsidium Oberpfalz konnte er den Kollegen auch weiterhin keine großen Hoffnungen auf eine

Entspannung machen. Die Entwicklung der Abgänge bis zum Jahr 2017 sowie die Aussicht auf das kommende Jahr bei den Neuzuteilungen stimmen nachdenklich. Auch in Bezug auf die erhöhten Widerstandshandlungen gegenüber Polizeibeamten, in Bayern ist mittlerweile ja fast jeder dritte Beamte davon betroffen, werden die verletzten Kollegen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche oftmals vom Dienstherrn trotz immer wiederkehrender Versprechen alleingelassen. Wohl dem, der über einen eigenen Rechtsschutz, wie ihn GdP-Mitglieder erhalten, verfügt.

Bezirksvorsitzender Gerhard Knorr bedankte sich bei den Mitgliedern für das Vertrauen und dem drittbesten Ergebnis in ganz Bayern bei der letzten Personalratswahl. Er bedauerte ebenso wie sein Vorgänger, dass in den Dienststellen bei „uneingeschränkt verfügbarem Personal“ ständig mit einem Untersoll an Beamten gearbeitet werden müsse mit der Folge, dass die Belastung der Schichtbeamten immer größer werde und dies bei einem immer höherem Altersdurchschnitt. Weiterhin sprach er die Zwölf-Stunden-Nachtschicht aus Sicht der Gewerkschaft an sowie die derzeitigen Ge-



sprache und Diskussionen bezüglich der Beförderungen nach Rangliste an. Mit den Worten „da rollt was auf uns zu“ warb er für eine gemeinsame Abwehr von negativen Auswirkungen. Hierbei müssen die Gewerkschaften an einem Strang ziehen. Sein Dank galt nach einer ausgiebigen Diskussion einer immer regen und stets zuverlässigen Kreisgruppe, der er auch für die Zukunft die besten Wünsche mit auf den Weg gab.

Den Höhepunkt der Versammlung bildete dann die Ehrung langjähriger Mitglieder.

Mit einem herzlichen Dank an die Mitglieder für ihre Treue zur GdP und Zusammenhalt in der Kreisgruppe sowie dem Ausblick auf die kommenden Veranstaltungen schloss Lehner die Jahreshauptversammlung.

Weihnachtsfahrt der GdP-Bezirksgruppe Unterfranken



Ca. 120 GdP-Mitglieder mit Angehörigen aus ganz Unterfranken fuhren am 2. Advent mit drei Bussen, bei zwar frostigen Temperaturen aber herrlichem Sonnenschein, zum Weihnachtsmarkt nach Regensburg. Beim Zwischenstopp an der Raststätte Haid-Süd wurde sich mit dem

von Angelika Senft selbstgemachten roten und weißen Glühwein innerlich gewärmt und mit Elisenlebkuchen gestärkt.

Das gemeinsame Mittagessen

wurde in der kultigen Traditionsgaststätte Kneitinger in der Regensburger Innenstadt eingenommen. Danach konnten die drei einzigartigen Weihnachtsmärkte in der historischen Altstadt besucht werden. Fazit: ein erlebnisreicher Tag der großen GdP-Familie aus Unterfranken.

NACHRUFE

Wir trauern um unsere Mitglieder

Mahler, Heinrich, 61 Jahre, KG Bamberg

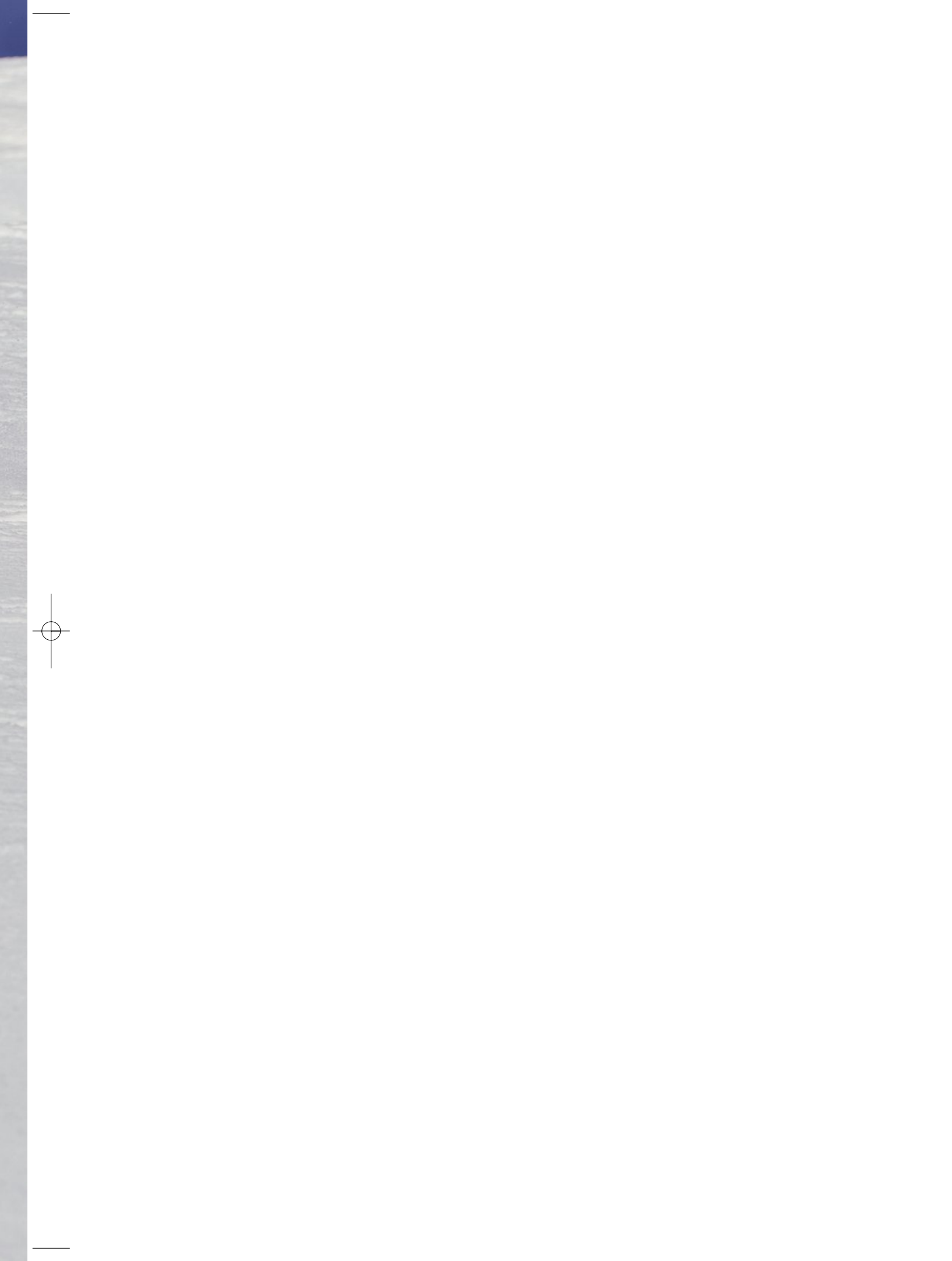
Konopik, Hermann, 54 Jahre, KG Regensburg

Keil, Konrad, 72 Jahre, KG Burglengenfeld

Böhm, Dieter, 66 Jahre, KG Hassberge

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.





Weitere Infos und Anmeldung
unter www.gdp-service-gmbh.de



15. – 17.3.2013

19. Internationale offene Polizeiskimeisterschaften alpin/nordisch

der Gewerkschaft der Polizei Service GmbH
in Oferschwang



GdP Service GmbH

19. INTERNATIONALE OFFENE
**POLIZEISKI-
MEISTERSCHAFTEN**
OFERSCHWANG IM ALLGÄU

